

04.12.2013
217a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Erzbischof Dr. Ludwig Schick,
Vorsitzender der Kommission Weltkirche
der Deutschen Bischofskonferenz,

**beim Pressegespräch zur Vorstellung der Arbeitshilfe „Solidarität mit
verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit – Indonesien“
am 4. Dezember 2013 in Berlin**

Vermutlich ist den meisten unter Ihnen bekannt, dass sich die Deutsche Bischofskonferenz seit vielen Jahren intensiv mit der Frage der Verfolgung, Diskriminierung und Benachteiligung von Christen befasst. Vor zehn Jahren haben wir die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit“ ins Leben gerufen. Mit ihr verbinden wir das Ziel, in unseren Kirchengemeinden stärker auf die Notsituationen vieler unserer Glaubensgeschwister in aller Welt aufmerksam zu machen und für mehr Solidarität zu werben. Seit dem vergangenen Jahr begeht die katholische Kirche in Deutschland auch den Stephanustag, also den Zweiten Weihnachtstag, als Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen. Auch am kommenden 26. Dezember wird in unseren Gottesdiensten wieder besonders derer gedacht, die um ihres Glauben willen verfolgt oder diskriminiert werden.

Die Frage der verfolgten und bedrängten Christen ist für uns aber kein binnenkirchliches Thema – im Gegenteil! Überall dort, wo Christinnen und Christen, aber auch Angehörige anderer Religionen daran gehindert werden, ihren Glauben auszuüben, wird Menschenrecht verletzt. Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht, das nicht verhandelbar ist. Daher müssen nicht nur die Kirchen, sondern alle gesellschaftlichen und politischen Akteure entschieden dafür eintreten, dass dieses Recht wirksam geschützt wird.

Dass es um diesen Schutz vielerorts in den vergangenen Jahren schlechter bestellt ist und das Recht auf Religionsfreiheit zunehmend unter Druck gerät, hat der in diesem Sommer veröffentlichte „Ökumenische Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“ nochmals deutlich gemacht. Diese

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103 -0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

von der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland gemeinsam herausgegebene Studie zeigt, dass die Zahl der Übergriffe auf religiöse Minderheiten, darunter oft auch christliche, in den vergangenen Jahren zugenommen hat. In mehr als 100 Ländern weltweit sehen sich Christen Restriktionen ausgesetzt, sei es durch staatliche Gesetzgebung oder soziale Anfeindung.

Auch Indonesien zählt zu den Ländern, in denen sich die Situation der Christen verschlechtert hat. Gewiss: Von einer systematischen Christenverfolgung kann in dem ostasiatischen Inselreich nicht die Rede sein; zusammen mit den Christen in Indonesien beunruhigen uns aber dennoch offenkundige Tendenzen, die Spielräume der Christen in dieser Region mehr als früher einzuengen. Vermehrt ist es auch schon zu gewaltsamen Übergriffen auf Kirchen und Gläubige gekommen. Mit unserer diesjährigen Arbeitshilfe zum Länderschwerpunkt Indonesien wollen wir daher auf diese Entwicklungen hinweisen und sie in einen größeren Kontext einbetten.

Lassen Sie mich auf vier Aspekte etwas näher eingehen:

- Zunächst sei an die lange Tradition der interkulturellen und interreligiösen Toleranz in Indonesien erinnert. Bei meinem Besuch vor Ort im Juli dieses Jahres konnte ich mir selbst ein Bild davon machen, wie selbstverständlich dort das Miteinander der Religionen ist. Muslime und Christen wohnen oft Tür an Tür, interreligiöse Ehen sind keine Seltenheit und gegenseitige Unterstützung wird vielfach als Selbstverständlichkeit angesehen. Dieses Fundament ist immer noch stabil und bildet den Garant für das weitgehend friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen, Ethnien und Religionen in dem Inselstaat.
- In den vergangenen 15 Jahren, also seit der Einführung der Demokratie 1998, lassen sich jedoch vermehrt Risse in diesem Fundament feststellen. Eine verstärkte Radikalisierung von einigen religiös oder politisch motivierten Gruppierungen gefährdet die traditionelle Toleranz. Auch wenn die Religionsfreiheit in der Verfassung Indonesiens verankert ist, wird sie doch vielfach auf regionaler und lokaler Ebene durch Verordnungen ausgehebelt, die von der islamischen Scharia-Gesetzgebung inspiriert sind. Der politischen Führung in Jakarta fehlt es an politischem Willen und der nötigen Entschiedenheit, gegen solche Verstöße entschlossen vorzugehen. Stillschweigend nimmt man sie oft in Kauf. Aber auch die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und eine weitreichende Um- und Neuansiedlungspolitik (Transmigrasi) sorgen für Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Land.
- Betroffen hiervon sind alle religiösen Minderheiten Indonesiens. Besonders prekär ist die Situation der muslimischen Minderheiten, also der Ahmadiyya und der schiitischen Gemeinden. Aber auch die Christen – immerhin knapp zehn Prozent der Gesamtbevölkerung – sehen sich zunehmend Einschränkungen oder sogar Übergriffen ausgesetzt. Um Ihnen einige Zahlen zu nennen: In der ersten Jahreshälfte 2013 wurden allein 30 Gottesdienststörungen christlicher Kirchen gemeldet, 2012 waren es insgesamt 74. Die Kontroverse um die Baugenehmigung für die protestantische

Yasmin-Gemeinde in Bogor, Westjava, hat inzwischen internationale Beachtung gefunden.

- Wie soll man nun auf die zunehmenden Spannungen im Land reagieren, welchen Beitrag können die Kirchen leisten? Mir ist es wichtig, die Bedeutung der Bildung als Beitrag zum Frieden der Religionen zu betonen. Bildung möchte ich dabei als Vermittlung von „Verwertungs- und Wertewissen“ verstanden wissen, auch in der religiösen Bildung. Die Bildung muss Wissen über die Religionen und deren Wertschätzung vermitteln. Deshalb sind Religionsunterricht sowie auch die humanistischen Fächer von großer Bedeutung. Wird der Religionsunterricht in den Lehrplänen verankert, gibt es – auf lange Sicht – zum Beispiel gebildete Regierungen und gut ausgebildete Polizisten, die die Bedeutung der Religionsgemeinschaften zu achten und zu schützen wissen. Auch wenn es sich hierbei nicht um eine schnelle Lösung der aktuellen Probleme in Indonesien handelt, bin ich dennoch davon überzeugt, dass der Schulweg der wichtigste Weg zum Frieden in diesem Land und allen Ländern ist, auch des Religionsfriedens.